

Die „Volksrecht“  
erschienen wöchentlich 1 Mal  
aus 12 Nummern  
Expedition (Kass. Straßens. 114.)  
aus dem Verlagsort zu beziehen.  
Preis 1 Mark 50 Pf.  
oder 1 Mark 50 Pf.  
Durch die Post bezogen 1 Mark 50 Pf.  
für ein Jahr 17 Mark 50 Pf.  
im Voraus 16 Mark 50 Pf.

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessengruppe  
besteht für die Einzelnen  
Solange der Name  
15 Pfennig  
für Arbeitsmarkt, Beschäftigung und  
Versicherungsgesetz  
15 Pfennig  
Ausdrückliche Erklärung 35 Pf.  
Interate für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 268.

Dienstag, den 16. November 1909.

20. Jahrgang.

## 120 Sozialdemokraten im Reichstage?

Unsere Gegner beginnen sich allgemach mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen 1912 uns Sozialdemokraten einen mächtigen Zuwachs an Mandaten bringen werden. Da sie dieses Gespenst nicht mehr bannen können, so suchen sie nach anderem Trost. Die einen — wie erst dieser Tage die „kölnische Zeitung“ — meinen, man solle die Sozialdemokratie nicht mehr als bloßen anständigen Behälter, dann werde sie ihren revolutionären Charakter ausgeben. Die anderen wagen das nicht zu hoffen; dafür holen sie eine alte Legende hervor, die schon 1903 ihren Dienst tun mußte und deshalb ziemlich abgenutzt ist. Mit Eifer und Eifer suchen sie sich und anderen einzureden, daß gerade ein neuer Ausbruch an Macht der Sozialdemokratie zum Verderben ausschlagen müßte, weil sie ja doch nichts „Positives“ leisten könne. So schrieb kürzlich die „Germania“:

„Aus einer so beträchtlichen Anzahl von Mandaten würden gerade für die Sozialdemokratie selbst die allerwertvollsten erwachsen. Der Abbruch des Revisionismus, unter dem die Partei seit langem leidet, würde mit dem Anwachsen der Mandate nur immer mehr quälen. ... Wie, wenn nun die Partei bei den nächsten Wahlen wirklich 4-5 Millionen Stimmen und etwa 120 Mandate erhält? Dann beginnt für die Sozialdemokratie erst die eigentliche Schwierigkeit. Wenn sie dann nicht zu Taten übergeht, wenn sie sich ganz offensichtlich in die revisionistische Falschheit des reinen Parlamentarismus einsperrt, dann wird sie schließlich die Ungeduld der radikalen, verheißenen Wählermassen zögeln können ... und geht sie wieder zu Taten über, dann steht sie sofort die vielen Mitleider ab. ... Diese jetzt so viel besprochene Aussicht, daß die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen etwa 120 Mandate gewinne, muß für die sozialdemokratischen Führer etwas Banges, Beklemmendes haben.“

Es ist gewiß sehr Nebenwichtig von dem Zentralorgan der Zentrumspartei, daß es sich in so sorglicher Weise unserer Kopf zerbricht. Offenbar will es nun rein aus christlicher Nächstenliebe, nur um uns vor dem „Bangen, Beklemmenden“ zu bewahren, das Seinige tun, um ein Anwachsen unserer Mandate auf 120 zu verhindern. Doch leider, leider steht es bei uns auf bitterem Grund. Wir müssen die zarte Fürsorge ablehnen, weil uns bei der Aussicht auf 120 Mandate wirklich nicht in allergeringsten bangt.

Hat es nicht etwas ungemein Komisch an sich, wenn ein Organ des schwarzen Blocks jetzt fragt, was 120 sozialdemokratische Abgeordnete denn Positives schaffen wollen? Gerade jetzt, nachdem der schwarze Block soeben erst gezeigt hat, worin seine „positiven Leistungen“ bestehen? Wenn selbst die 120 Sozialdemokraten im Reichstage zu nichts weiter gut wären, als zur Abwehr solcher „Finanzreformen“, wie wir sie eben jetzt schaudern erlebt haben, dann wäre das schon eine positive Tätigkeit von eminentem Nutzen. Schon wird in den Zeitungen das neue Defizit der Reichskasse besprochen, das nicht weniger als 542 Millionen betragen soll. In kurzer, ganz kurzer Zeit werden neue Steuerforderungen der Regierung kommen. Was wird man besteuern? Das Licht, die Zigarette, die Wasser- und Dampfstrafe, kurz alles, was man diesmal noch zurückgestellt hat. Ja, man wird sich sogar höchstwahrscheinlich sehr beeilen, die neuen Steuern noch vor den nächsten Wahlen zu erledigen, weil man genau weiß, daß bei 120 Sozialdemokraten im Reichstage eine neue Besteuerung der Armen unmöglich ist, wie auch die Kaffee-, Tee-, Streichholzsteuer unmöglich gewesen wäre, wenn wir schon jetzt so viele Sozialdemokraten im Reichstage gehabt hätten. Das ganze Volk, nicht nur die Arbeiter, wird mit uns sehr zufrieden sein, wenn wir „positiv“ dafür sorgen, daß weitere Steuererhöhungen von den Reichen getragen werden.

Aus dieser Abwehr neuer Steuerentwürfe wird sich aber weitere „positive“ Arbeit im Sinne unseres Programms ganz von selbst ergeben. Jedes Kind weiß nachgerade, daß die kolossalen Steuern nur wegen der Seeres- und Flottenpolitik des Reiches nötig sind. Wenn nun gegenüber dem Widerstand von 120 sozialdemokratischen Abgeordneten keine neuen Verbrauchssteuern mehr durchgesetzt werden, wenn man notgedrungen zur direkten Einkommen- und Vermögenssteuer greifen muß, dann wird man über kurz oder lang an ernstliche Ersparnisse bei den Ausgaben für Meer, Flotte und Kolonien denken müssen. Solche ernstlichen Ersparnisse sind aber nicht zu erreichen durch den Abbruch von ein paar tausend Mann, oder die Ablehnung von ein paar neuen Schiffshauten, sondern man wird nun überlegen müssen, wie man die Wehrkraft des Volkes voll zur Entfaltung bringt und doch Geld spart. Das aber ist nur möglich durch eine Aenderung des Seeres- und Flottenstandes. Das stehende Heer ist es, das durch seine ungeheuren Kosten an der Wurzel der Volkskraft frißt. Es wird also notgedrungen die Frage seiner Ersetzung durch die Volkswehr auf die Tagesordnung kommen. Selbstverständlich werden hierbei die Schweren Kämpfe entbrennen, denn hier steht die Klassenfehde des Kapitals auf dem Spiele. Ihm ist es gleichgültig, daß durch das stehende Heer das Vaterland weniger gut verteidigt ist, als durch die all-

gemeine Volksbewaffnung, weil das Kapital vom stehenden Heere die Verteidigung seiner Massenherrschaft erwartet. Deshalb wird es sich unserem Bestreben, das Vaterland zu sichern, mit der ganzen gewaltigen Macht entgegenstemmen, die es besitzt, und in solch schweren Kämpfen würden 120 sozialdemokratische Abgeordnete vorzüglich zu brauchen sein.

Damit kämen dann aber die Fragen des allgemeinen Wahlrechts und der Gleichberechtigung der Frau ohne weiteres mit ins Rollen. Selbstverständlich würde die Regierung einen so unbequemen Reichstag wieder und wieder auflösen, und die unaufhörlichen Wahlkämpfe, die darob entbrennen müßten, würden unter dem Zeichen dieser sozialdemokratischen Programmforderungen stehen. Hoffentlich wird die Wählerschaft dann aus den Ereignissen der Jahre 1907 bis 1909 gelernt haben. So wie man ihr damals vorzuschwindeln, daß keine neuen Steuern beabsichtigt seien, ebenso wird man auch dann wieder das Blaue vom Himmel herunterlügen. Man würde dann sehen, daß die Leute, die jetzt so tun, als ob ihnen 120 Sozialdemokraten im Reichstage ganz lieb wären, weil sich dann die Sozialdemokratie schnell abwickeln müßte — man würde sehen, daß diese selben Leute keine Mühe und keine Gemeinheit scheuen würden, um die Wiederwahl der 120 zu verhindern.

In unmittelbarem Zusammenhange mit dem Seerwesen steht aber auch das Schulwesen. Die Volkswehr erfordert körperlich wie geistig eine ganz andere Vorbereitung unserer Jugend. Damit würden all die Forderungen, die unser Programm für die Umgestaltung der Schule und des Bildungswesens erhebt, in den Vordergrund treten: Weltlichkeit der Schule, allgemeine Volksschule für jedermann, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel, organischer Aufbau des höheren Schulwesens, das jedem nach seinen Fähigkeiten zugänglich sein soll und nicht nach dem Klassenstand des Vaters usw. usw. Welch eine Fülle von positiver Arbeit ergäbe sich hier für 120 sozialdemokratische Abgeordnete. Daß bei der Frage „Weltlichkeit der Schule“ auch der Kampf mit der Kirche in vollem Umfange entbrennen müßte, sei nur nebenbei noch erwähnt.

Also man sieht, für Arbeit ist gesorgt. Und wenn wir noch viel mehr als 120 Abgeordnete hätten, wir würden sie ausreißend zu beschäftigen, und sie würden so viel positive Arbeit verrichten, daß der „Germania“ und all den anderen Verteidigern des Kapitals Hören und Sehen vergehen sollte.

## Politische Uebersicht.

### Die Wahl von Landsberg-Soldin.

Der Zusammenbruch, den die konservative Partei im Wahlkreis Landsberg-Soldin erlitten hat, lenkt in noch höherem Maße die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf sich, als der gleichzeitige, fast schon für selbstverständlich erachtete Fortschritt der Sozialdemokratie. Denn jetzt erhebt sich die Frage, ob der Liberalismus, der bei der Stichwahl den Ausschlag gibt, durch Unterstützung der Sozialdemokraten das Volksgesicht an der Reaktion vollenden, oder ob er einem Anhänger des schwarzen Schnapsbrotts und Wahlrechtsfeind das bedrohte Mandat retten will. Wahrscheinlich ist, daß es zu einer Zerspaltung der liberalen Stimmen kommt, denn die „Nationalzeitung“ kündigt schon jetzt an, daß die Nationalliberalen unter den Schoeppe-Wählern in der Stichwahl für den konservativen Heffschke eintreten werden, während sich die freisinnigen Vereinigungs-Männer doch zum Teil für Genossen entscheiden, andere aber ganz zu Hause bleiben dürften. Diese Zerfahrenheit der Liberalen begünstigt den Sieg des Konservativen, dieser Sieg würde aber den Wahlausfall aus einer Katastrophe der Konservativen zu einer Katastrophe der liberalen Partei verwandeln.

Schon jetzt ist die freisinnige Vereinigung die einzige von den beteiligten Parteien, für die die Landsberg-Soldiner Wahl mit einem sicheren Verlust abschneidet. Sie hat nicht nur schon diesmal auf eine eigene Kandidatur verzichtet und statt ihres Parteisekretärs Weinhausen, einem Druck des Hansabundes folgend, den liberalen Mischmaschandidaten Schoeppe unterstützt, sondern sie hat jetzt auch laut Vertrag die Pflicht, bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen auf einen Kandidaten zu verzichten und den Kreis den Nationalliberalen auszuliefern. So wurde es nämlich ausgemacht für den Fall, daß der liberale Kandidat diesmal aus der Stichwahl gedrängt werden sollte. Reichsinniger haben auch nicht die preussischen Junker vor hundert Jahren die Festungen ausgeliefert, als hier die freisinnige Vereinigung den ehemaligen Wahlkreis ihres Führers Schröder preisgegeben hat. Von jetzt ab kann dieser Kreis eben nur sozialdemokratisch vertreten sein, wenn er nicht ausgesprochen reaktionär vertreten sein soll.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beillt sich, die Liberalen von Landsberg-Soldin zur Unterstützung des Konservativen aufzurufen. Mit Eifer und Wärme setzt sich die preussische Regierung für die Partei ein, von der der verflorenen Reichstagskanzler sagte, sie treibe ein feilboles Spiel mit den Interessen der Monarchie, und

die jetzt diesen Ausspruch bestätigt, indem sie den König von Preußen zu einem Wortbruch zu verleiten sucht. Gegen solche schamlose Zumutungen der konservativen Partei hat sich die Regierung mit keinem Wort geäußert, dafür begünstigt sie sich jetzt pflichtgemäß für die Wahl des Herrn Heffschke. Wie es scheint, ist es das Ziel ihres Ehrgeizes, alle früheren Regierungen an Kadavergehorsam vor den Junkern zu überbieten.

Jetzt liegt das vorläufige amtliche Wahlergebnis vor. Danach erhielten der Amtsgerichtsrat Heffschke (Konservativ) 9469 Stimmen, der Expedient Pögel (Sozialdemokrat) 7555 und der Gutbesitzer Schöppe (Liberal) 6377 Stimmen.

Diese Zahlen unterscheiden sich von den im letzten Morgenblatte mitgeteilten unerheblich. Bemerkenswert ist nur, daß hier die Zahl der konservativen Stimmen mit 9469 noch geringer angegeben ist, als in dem ersten Resultat, in dem sie auf 9339 beziffert war. Danach haben die Konservativen diesmal gegenüber der Hauptwahl 4359 Stimmen verloren, während die Sozialdemokraten 1078 und die Liberalen 201 Stimmen gewonnen haben. Die Konservativen haben also in dem vorwiegend ländlichen Wahlkreise ein Fiasko erlebt, wie es vernichtender nicht gedacht werden kann.

Ueber das Verhalten der Behörden wird aus dem Wahlkreise geschrieben:

Den Vertrauensmännern der Sozialdemokratie wurde auf den Dörfern der Zutritt zu den Wahllokalen fast durchweg verboten! Militärpapiere wurden als genügende Legitimation nicht anerkannt. Eine originelle Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß der Betreffende wahlberechtigt sei, wurde als unbedingt notwendiger Ausweis erklärt! Ein Amtsvorsteher in Heinersdorf bei Landsberg erklärte unseren Genossen, daß eine Versammlung der Wahlvorsteher in Landsberg stattgefunden habe, in der sie angewiesen worden seien, so zu verfahren! Gegen diese ungesetzliche Maßregel legte unser Wahlkomitee sofort beim Landrat und auch beim Regierungspräsidenten und Ministerium des Innern Beschwerde ein, wobei sie auf die bereits in dieser Hinsicht vorliegenden Reichstags-, Ministerial- und Kammergerichtsbeschlüsse hinwies. Auf diese Beschwerde erfolgte erst am Spätnachmittag, nachdem der Herr Landrat Kenntnis von den Beschwerden durch seine vorgesetzten Behörden erhalten hatte, folgender Bescheid:

„Auf Ihre heute Vormittag gegen 11 Uhr in meiner Abwesenheit eingebrachte Beschwerde wegen Nichtzulassung von Vertrauensmännern Ihrer Partei in den Wahllokalen kann ich zunächst nichts beanstanden, da ich nicht weiß, gegen welche Wahlvorsteher sich Ihre Beschwerde richtet.“

Ich werde übrigens die Wahlvorsteher, von denen mir bekannt geworden ist, daß sie den Zutritt verweigert haben, sofort mit entsprechender Anweisung versehen. Ich stelle anheim, Ihre Angaben von heute Vormittag dementsprechend zu ergänzen. Dieser Bescheid erfolgt zugleich als Antwort auf die an den Herrn Minister des Innern und den Herrn Regierungspräsidenten gerichtete Beschwerde.“

Es ist bezeichnend für unsere preussischen Zustände, daß sich solche ungesetzlichen Handlungen, solche groben Verstöße gegen die gehäuftesten unzweideutigen Entscheidungen des höchsten preussischen Gerichts, des Reichstags und des preussischen Ministeriums sich immer wiederholen können! Es scheint, als ob diese Entscheidungen für die betreffenden Herren Wahlvorsteher einfach nicht vorhanden sind. Der Wahlkommissar, der die Herren zu instruieren hat, muß doch wissen, daß die Wahlakte durch den Ausschluß der Öffentlichkeit ungültig werden, und daß, wenn es notwendig sein sollte, das Wahlergebnis anzufechten, der benachteiligten Partei damit ein durchschlagender Wahlprotest gesichert wird. Aber freilich, der Reichstag erledigt die Wahlproteste sehr langsam, und ein zu Unrecht Genährter kann unter Umständen jahrelang das Mandat ausüben!

Ein Julisturm der Scharfmacher. Die Verhandlungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller, mit deren Veröffentlichung wir morgen beginnen werden, dokumentieren aufs Neue die hochgradige Gefährlichkeit der im Dunkel an der Korruption des öffentlichen Lebens arbeitenden Scharfmacherklasse. Einen Julisturm, d. h. einen eisernen Kriegsfonds, hat Herr G. N. Bueck den zu sammelnden Scharfmacherfonds, der zur Bekämpfung der politischen Arbeiterbewegung dienen soll, selbst genannt. Besser würde er von einem Neptilien- oder Korruptionsfonds gesprochen haben. Der Zentralverband der Scharfmacher wagt nicht im Wahlkampf offen seine Fahne zu entfalten, er verlangt von dem Kandidaten, den er heimlich mit seinem Gelde unterstützen will, kein öffentliches Bekenntnis zu seinen Zielen, er weiß zu gut, daß jeder Kandidat, von dem bekannt würde, daß der Zentralverband seine Wahl materiell unterstützt, damit auch schon dem Volksgesicht verfallen wäre. Und doch will man nicht bloß in der konservativen, freisinnigen und nationalliberalen sondern auch in der freisinnigen Reichstagsfraktion seine Agenten haben! Also nimmt man eine Schiebung vor und gründet eine Tochtergesellschaft, die das Geschäft zu machen hat, während man selbst damit absolut nichts zu tun hat.“



Dieses Versteckspiel sowie der Umstand, daß über die Verwendung der Gelder nur soweit es „wie es möglich“ erscheint, Rechenschaft abgelegt werden soll, kennzeichnet das Unternehmen des Scharfmachersverbandes zur Genüge. Es soll eben gewissen dunklen Volksmännern, die von arbeiterfreundlichen Phrasen triefen, das Schicksal erspart werden, eines Tages als Stipendiaten der rückichtslossten Arbeiterfeinde entlarvt zu werden.

**Ein einsichtsvoller Gegner.** Der Wittenber Superintendent Dr. König, über den die Presse kürzlich zu berichten wußte, daß er in einem Vortrage auf der Generalsynode in Berlin erklärt habe, „alle Achtung vor der Kraft, welche die sozialdemokratische Partei entwickelt“, zu haben, und daß ihm in den großen Opfern, die ihre Anhänger bringen, „ein hoher sittlicher Zug“ zu liegen scheint, hat früher eine ganz andere Meinung über die Sozialdemokratie an den Tag gelegt. Die Tatsachen haben demnach dem Herrn Superintendenten Logik gelehrt. Nach dem großen Vergarbeiterstreik vom Jahre 1889, der einen gewissen Wendepunkt in der Arbeiterbewegung in Westfalen und am Niederrhein bedeutete, war es in erster Linie mit der Superintendenten König, der den Anschluß der Vergarbeiter an die moderne Arbeiterbewegung zu verhindern suchte. Zu der Reichstagswahl 1890 ließ er sich als christlich-sozialer Kandidat ausstellen, um unserer Partei Abbruch zu tun. Seine intensive Agitation, bei der er in seinen Mitteln und gegenüber nicht wählerisch war, hatte aber nicht den gewünschten Erfolg, denn er brachte es nur auf 2200 Stimmen, während unser Kandidat 8400 Stimmen auf sich vereinigte. Dieser für die damaligen Verhältnisse im Ruhrrevier riesige Erfolg unserer Partei hat ihm wohl die Ausschloßlosigkeit eines Kampfes gegen uns erkennen und damit eine objektive Würdigung der in unserer Partei tätigen Kräfte finden lassen. Die Erkenntnis, daß unser Siegeszug nicht aufzuhalten sei, ließ ihn vom politischen Leben — soweit es sich um den Kampf um uns handelte — sich zurückziehen; er wollte seine Kraft nicht einer aussichtslosen Sache widmen, wie die Schack, Raab, Behrens und andere nach ihm getan haben.

**Die Reorganisation der Verwaltung in Preußen.** Die „Deutsche Tageszeitung“ ist in der Lage, den Plan der Reorganisation der inneren Verwaltung in Preußen zu veröffentlichen. Das bisherige Kultusministerium wird geteilt in ein Ministerium der öffentlichen Wohlfahrt und in ein Ministerium für Pflege von Unterricht und Kunst. An der Spitze der einzelnen Provinzen tritt je ein Oberpräsident als Chef der gesamten inneren Verwaltung. Der Oberpräsident bildet gleichzeitig Aufsichts- und Beschwerdeinstanz aller ihm unterliegenden Kollegien.

Die Provinzialregierungen werden aufgelöst, die Stellung der Landräte wird gehoben, bei Befehung der Landratsposten ist auf Bodenständigkeit sowohl als möglich Rücksicht zu nehmen. Die Abteilungen: Steuern, Domänen und Forsten in den einzelnen Provinzen wird aufgelöst und dafür zwei neue Organe geschaffen, nämlich das Landes-Kulturlotterium und die Obersteuer- und Zollabteilungen. Jedenfalls ist durch die neue Organisation dafür gesorgt, daß die Macht der Landräte nicht nur nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil noch erweitert wird. Unter diesen Umständen von einer „Reform“ zu reden, ist eigentlich Unsinn, denn die Erweiterung der Macht der Landräte bedeutet eine Erschwerung der inneren Entwicklung in freierlicherem Sinne.

**Die Wahlrechtsfrage in Preußen.** Der Provinzialverordnende des Landes für Schlesien-Ostpreußen, Graf Rosenlöw, hat in einer Versammlung behauptet, daß er genau wisse, daß der Kaiser sich dagegen gewendet habe, daß in die letzte preussische Kammer der Kaiser über Änderung des Wahlrechts hinein kommen werde. Hiesig ist wohl wahr, daß die Kammer dem Kaiser beim Verleihen dieser Kammer zugestimmt wurde. Es darf jedoch bezweifelt werden, daß diese Mitteilung auf Wahrheit beruht. Offenbar verfolgt der Gönner den Zweck, Herrn von Bethmann-Hollweg, wenn dieser wirklich die Absicht haben sollte,

eine Änderung des Wahlrechts herbeizuführen, Schwerepatellen zu bereiten. Auch der Reichsbote „trübt in seiner Nummer vom Sonntagabend mit einer Rede: was das Wahlrecht anbelangt.“ Es wird darauf hingewiesen, daß bei einer anderen Wahlkreiseinteilung doch nur die Sozialdemokraten den Vorteil hätten. Der „Kölnische Anzeiger“ bringt demgegenüber eine Kost, anschließend offizieller Urzeugung, in der betont wird, daß einzelne Anhänger des jetzigen Wahlrechts in ihrem Verhalten, einer Reform Schwerepatellen entgegenzusetzen, selbst vor einer Forderung umwahrer Tatsachen nicht zurückschrecken. Schließlich nimmt auch der bekannte Freiberg von Heßlich wieder das Wort. Im „Tag“ veröffentlicht er einen Artikel, in dem er darlegt, daß für Preußen weder das Reichswahlrecht, noch, nach den schärfsten Erwägungen, das Provinzialwahlrecht in Frage kommen könne. Es bleibe nur der eine Weg übrig, das Provinzialwahlrecht zu verhehlen. Diese Verhehlung“ denkt sich der freikonserativen Scharfmacher und Reaktionsist so, daß das geheime Wahlrecht in denjenigen Wahlkreisen eingeführt wird, in denen die Wähler sozialdemokratischem Terrorismus ausgelegt sind. Für die anderen Wahlkreise soll es bei der öffentlichen Stimmentragung bleiben.

**Das künftige Reichstagspräsidium.** In Preussen-Reisen soll man gewillt sein, die Stelle des Präsidenten des Reichstages dem Grafen Stolberg zu überlassen. Dagegen will das Zentrum die Stelle des ersten Vizepräsidenten besetzen und zwar mit dem Hrn. Dr. Spahn. Den zweiten Vizepräsidenten will man den Nationalliberalen überlassen. Ob allerdings Herr Paasche Lust haben wird, sich mit dieser Stelle zu begnügen, nachdem er vorher erster Vizepräsident war, darf einigermaßen bezweifelt werden.

**Eine freisinnige Intervention.** Die freisinnigen Abgeordneten Dr. von Hart und Dr. Sauer, die beide ihren Wohnsitz in Kiel haben, haben mit Unterstützung der reichsweiten Freisinnigen Gemeinschaft dem Bureau des Reichstages eine Resolution übermitteln, in der an den Reichskanzler die Frage gestellt wird, ob er bereit sei, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um Unruhmäßigkeiten und Unentschieden im Betrieb der Kaiserlichen Werft in Zukunft zu verhindern. Weiter wird gefordert, daß der Reichskanzler erkennen sei, hinsichtlich einer sparsamen Wirtschaft, für eine nach landwirtschaftlichen Grundsätzen eingetragene Buchführung und für eine wirksame Kontrolle im Werfbetrieb zu sorgen.

**Gegen die kommunale Arbeitslosenversicherung (Sozialversicherungs System),** haben sich bei einer Umfrage, die das Organ der christlichen Großindustriellen, der in Wilmanns & Co. erscheinende „Expresse“ veranstaltete, sämtliche größeren Industriellen des Reiches ausgesprochen. Das Blatt fordert mit Berufung auf seine Umfrage den Gemeinderat auf, — den eine nach dem Straßburger Muster ausgearbeitete Vorlage (die in einer Sitzung beschickt hat, ohne daß die Sache ganz durchgearbeitet werden wäre — die Vorlage abzulehnen, eingedenk dessen, daß die Forderung „sozialistischer“ Verheerung nicht seine Aufgabe sein dürfte.

Der zur Durchführung dieser Arbeitslosenversicherung von der Stadtverwaltung geforderte Jahresbeitrag beträgt 2000 Mark. Der Zuschuß an die Gemeindefürsorge von Kopf der Bevölkerung soll 70 Pf. für die Weibchen und 30 Pf. für die Haushaltungspersonen betragen. In Straßburg beträgt dieser kommunale Unterhaltungsbeitrag 10 Pf. pro Kopf.

**Der erkrankte frommen Schnapskloßbrüder.** Infolge der Tabaksteuer haben die Armen von der Witten und Zanten in Hamburg in ihren Fabriken eben in Weznigerode 69 Tabakarbeiter erkrankt.

In Ganderheim (Provinz Braunschweig) hat die Transatlantische Firma Du Roi u. Co. Tabakarbeitern die Stellung erwidert. Die Firma Rey u. Schumacher ihre sämtlichen Tabakarbeiter der Fabrik Ganderheim den Lohn um 1, 5 bis 2 Mr. pro Woche.

In Mündelhof a. S. wurde infolge der Tabaksteuer auch ein alter Tabakarbeiter mit entlassen, der sich aus Verzweiflung darüber, daß er noch auf seine alten Tage brotlos gemacht wurde, erhängte.

Bei Wolfenbüttel wurde ein alter Tabakarbeiter krank in einer Aderkrankung liegend aufgefunden, in der er erkrankt; bei dem anderen Tage verstarb er infolge der Krankheit, die er sich durch die Witterungsänderungen zugezogen hatte. Auch er ist ein Opfer der Tabaksteuer.

Die frommen Steuerwucherer haben stolz sein auf den Erfolg ihrer Arbeit im Reichstage.

**Wer ist die machtvolle Persönlichkeit?** Wir haben jüngst davon Notiz genommen, daß der kürzlich verstorbenen Gesehenswürdigkeit, der die Frage der Reichs- und Staatsangehörigkeit in einseitiger Weise stellt, auch in dieser Session dem Reichstage nicht zugehen soll. Nachdem Staatsminister von Schoen bereits vor 2 Jahren berichtet hat, daß der Entwurf für und fertig sei, ist die Frage nach dem Grunde dieses Ausmaßes ebenfalls sehr angebracht. Es spielen hier wieder einmal Einflüsse mit, die sich der Kontrolle der Öffentlichkeit entziehen. Die „Allgemeine Deutsche Zeitung“ hat sich bemüht, die Ursachen des Widerstandes zu ergründen, und diesem Blatte wird jetzt von parlamentarischer Seite mitgeteilt, daß von einer Seite umbedingt an der Forderung festgehalten wird, daß die Nichterfüllung der Wehrpflicht den Verlust der Reichsangehörigkeit zur Folge haben

müsse. Da vor diesen Punkt bisher eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, ist die ganze Vorlage überhaupt in Frage gestellt. „Es ist aber“, sagt das nationalliberale Blatt, „von den besten Kennern aller für die Staatsangehörigkeit in Betracht kommenden Fragen überzeugend nachgewiesen worden, daß die Wehrpflicht, die Wehrpflicht zu entziehen, nur bei einem verschwindenden Bruchteil aller Auswanderer das rettende Mittel ist, während in der überwiegenden Mehrzahl nur das Befahren nach Begründung einer Erfindung den Anlaß bietet, dem Vaterland den Rücken zu kehren. Allen diesen Personen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen mit unfernen gesetzlichen Bestimmungen über die Erfüllung der Wehrpflicht in Konflikt geraten, desto mehr die Reichsangehörigkeit zu entziehen, liegt aber nicht der geringste Anlaß vor.“

Jedenfalls wäre es sehr wünschenswert, daß die machtvolle Person, die in der Lage ist, die Einbringung eines so wichtigen Gesetzes zu verhindern, etwas beachtliche Forderungen würde. Diese Forderung bezieht sich wieder einmal demütlich bei unholbaren Zuständen, die wir in Deutschland noch haben. Eine einzelne Person ist in der Lage, zu verhindern, daß ein Gesetz zustande kommt, das im Entwurf bereits fertig ist, und das von allen Parteien dringend gewünscht wird. Vielleicht gibt Herr von Schoen bei der Beratung seines Staats im Reichstage nähere Anstalten.

**Die Einführung einer Wertzuwachssteuer** hat der Berliner Magistrat beschlossen und logisch eine neue Fassung der Umsatzsteuer angeordnet. Die Wertzuwachssteuer folgt in ihren Sähen im wesentlichen dem Wertzuwachssteuergesetz Hamburgs vom 12. Oktober 1908. Sie soll durch Berechnung nach Gewinnnormen und Gewinnprozenten eine gerechtere Besteuerung bewirken und weithin sehr wichtige Sägen auf. Eine entsprechende Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zugehen. Diese hat vor Jahresfrist die Wertzuwachssteuer schon einmal abgelehnt.

**Die Bilanz des Königs von Sachsen** ist in dem Staatshaushalt für 1910/11 um 30.000 Mark höher eingetragt worden. Sie beträgt jetzt 8.704.927 Mr. Die Erhöhung ist angeblich notwendig geworden durch die Aufbesserung der Gehälter der Hofbeamten und Diener. — Königin nicht ein paar weniger von der Sorte angeheilt und so der Ausgleich herbeigeführt werden?

**Mitwärts im Arbeiterkampf.** Der Bundesrat hat sich mit der Neuordnung der Arbeitszeit in den Gemütskrankheitsfabriken beschäftigt und Bestimmungen erlassen, die im wesentlichen den Wünschen der Konferenzfabrikanter Rechnung tragen. Die Wünsche dieser Kreise gingen aber dahin, daß sie besonders in der Obst- und Gemüseerntezeit in der unbedeutendsten Weise über die Arbeitskräfte der in den Fabriken beschäftigten Frauen verfügten.

**In Schatz Wahlkreis** sollen die Antisemiten nicht, wie es in der Lage in den Zeitungen hier, auf die Auffstellung eines eigenen Kandidaten verzichten, wie der Generaldirektor der sozialistischen Partei schreibt, sei ihr Kandidat schon gefunden und werde einer Vertrauensmännern-Verammlung, die nach der Mandatsniederlegung Schatz einberufen wird, vorgelegt werden. Nur unter einer Bedingung seien die Deutschnationalen bereit, in Eisenach-Deinbach zu verzichten, nämlich dann, wenn ein in Aussicht genommener, früher in Reichsliste stehender Mann, der seiner Partei angetraut, der aber die Unterstützung aller sozialistischen Parteien finden könnte, sich zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärt. Verhandlungen seien im Gange. — Die „Nationalzeitung“ meint, daß mit dem unbekanntem ehemaligen Reichsbeamten Graf Slobodskoy gemeint sei.

**Eine besonders pikante Submissionsliste** wird in folgendem mitgeteilt: In Reichenbach waren Tischlerarbeiten für eine Gemeindefabrik ausgeschrieben. Die Höchstforderung betrug 653 Mark, während sich der Mindestfordernde — es war der Reichstagsabgeordnete Tischlermeister Pauli-Polsdam — mit 3073 Mark, also 6720 Mark weniger begnügen wollte. Trotz dieses billigen Angebots erhielt nicht Herr Pauli, sondern ein 867 Mark mehr fordernder Tischlermeister den Auftrag.

Dieser Mindestfordernde ist einer der Hauptführer in der „Alldeutschen“ Partei. „Nehmet euch nach meinen Worten, nicht nach meinen Taten.“

**Gegen das Militärkabinett** wendet sich die „Nationalzeitung“, soweit es die Entscheidung der Offiziersehrengerichte, bearbeitet und unter Umgehung des Kriegsministeriums zur Vollziehung durch den Kaiser bringt.

Die ehrengerichtlichen Entscheidungen haben erhebliche Rechtswirkungen zur Folge. Sie können z. B. dem Betroffenen nicht nur seine Dienststellung und sein Gehalt, sondern auch die lebenswichtige Pension entziehen. Nach der gegenwärtig in Kraft befindlichen Verordnung über die Ehrengerichte vom 2. Mai 1874, deren Erlaß übrigens in unvereinbarem Widerspruch mit dem Artikel 61 der Reichsverfassung steht, werden dem mit schlichtem Abschied entlassenen Offizier die Bedingungen entzogen, deren Erfüllung nach dem Militärpensionsgesetz für die Pensionierung notwendig ist. Er verliert also den Anspruch auf Pension. Eine gerichtliche Entscheidung aus den letzten Jahren soll diese Rechtswirkung für gesetzlich erklärt haben. Das Militärkabinett sucht seit längerer Zeit einen Ausweg zu schaffen, indem es den entlassenen Offizieren nachträglich die Pension auf dem Gnadenwege zubilligt, — eine Maßregel, für die man eine gesetzliche Unterlage schwer finden wird.

# Viktoria.

roman von Minna Kanitz. (Nachdruck verboten.)

14.

Ein Weib, das die Anhöhe hinaufstapelt, war an die Gruppe der Arbeiter getreten und bemühte sich nun gleichfalls um den ohnmächtigen Propst. Es war Theresie.

Sie versuchte, ihm die Weste zu öffnen, als aber die nasse, eingetragene Brust darunter zum Vorschein kam, merkte sie, daß er kein Hemd anhatte, und emuldrig knöpfte sie sie wieder zu.

Der Ohnmächtige erhob sich allmählich, und als ihm jetzt Wasser und Wein gereicht wurden, erklärte er, daß ihm besser sei.

Theresie hatte hierauf den Bruder am Arm gefaßt und ihn mit sich gezogen. Sie verlangte seine Hilfe, um ihren Mann aus dem Brautweinkeladen nach Hause zu bringen; der Gönner sei tot, besoffen und wolle noch immer nicht fort. Während sie mit ihm dahinschritt, erging sie sich in letzten Klagen und Verwünschungen über den elenden Strich, der nichts bedeute, der Weib und Kind verderben lasse und, da er kein Geld habe, kein Gewand verkaufen gehe.

In der Zeit, das Kind, das durch die Arbeitslosigkeit nun über die Familie hereinbrach, hatte den Mann nicht mehr widerstandsfähig gefunden. Seine Kraft war lange vorher gebrochen, er wurde unwillig. Die mechanische Arbeit hatte ihn bisher ganz in Anspruch genommen, ihm kaum Zeit zum Sprechen und Gedenken gelassen, und mit dieser Überanstrengung einzelner Muskeln und der Erschöpfung der übrigen war seine geringe Tätigkeit auf ein Minimum beschränkt, so, er war eigentlich jeder Tätigkeit außer der an seiner Maschine, entzogen worden. Nun hatte er plötzlich Zeit, da er aber nicht, wie der Vater, die Tugenden der Fleißigkeit zu übertrug, das heißt es nicht hatte, als freier Mensch keine Zeit zu denken, so wußte er nichts damit anzufangen. Er hatte in diesen mühsamen, zehnten langen Stunden nur sein Kind vor Augen und noch in jeder Stunde daran erinnert. Das war nicht auszuhalten, und so ließ ihn dann nichts anderes übrig, als sich zu betäuben, um es zu vergessen und sich jenen Gewinne zuzuwenden, der auf seine Unfähigkeit allein noch stand.

Die Zeit freilich betrachtete die Sache von einem weniger objektiven Standpunkte. Sie war vorangedrückt, und als nun der Gönner mit ihrem Manne daher kam und den Wankenden vor sich in die Tür

schob, empfing sie den Jähren mit den ganzen Mut und Witterkeit. Sie sah gegen ihn angehaucht haite.

Paul trat gegen das Fenster hin, um es zu öffnen. Es war der Kinder wegen geschlossen, die den größten Teil des Tages unter der Obhut der kleinen Pepi hier sich selbst überlassen waren. Es herrschte im Zimmer eine düstige, abgestorbene Atmosphäre. In allem trat jene entsetzliche Verwahrlosung zu Tage, die überall herrscht, wo für den Magen allein und für diesen nicht einmal ausgiebig genug geforgt werden kann, wo für Reinlichkeit und Ordnung nicht Zeit, nicht Geld mehr reicht. Schmutz und Unsauberkeit war da in allen Ecken, zerbrochene Geräte, zerfetzte Stoffe, die Betten unrein, nicht gemacht, nicht überdeckt.

Der kleine Franz hatte sich beim Herumbalgen mit seinem um ein Jahr älteren Vetter eine Wunde geschlagen und kam seinem Papa schreiend entgegen, indes der Angefallene mit lautem Schreien seine Mutter von seiner Unschuld zu überzeugen suchte. Aber die alte Frau ließ sich nicht durch, ohne Schuld oder Mitleid zu untersuchen. Dann würgte sie auf das kleine zu, das in Ecken gewickelt am Boden lag und jämmerlich schrie, teilte aus Hunger, teilte weil es nicht stehen wollte. Sie tauchte den Fuß, der trocken und ausgetrocknet neben ihm lag, in den Eßkannenabfud, der am Herde stand, und steckte ihr dem Kinde bis in den Hals hinein.

Dann griff sie hierhin und dort hin, als wollte sie Ordnung machen, aber ihre vor Jorn und Leid bebenden Hände warfen alles nur noch mehr durcheinander. Sie wußte nicht mehr, was sie tat, sie schien blind und taub und gefühllos für das, was sie umgab, und sonst beschäftigt, und all ihre Sinnen und Taten war auf das Fürstbilde gerichtet, das über sie und ihre Kinder hereinzubringen drohte. So oft sie aber freit ihren Mann vorüberkam, der auf einem Stuhl gesessen und das Haupt gegen den Tisch senkte, drückte sie ihm den wackelnden Kopf widerholt auf den Tisch, daß es dröhnte, während gleichzeitig ein wüster Gagel von Schimpfworten auf ihn niederregnete.

Er verzweifelte, sie würde ihm am liebsten alle Zähne in den Rücken schlagen und er konnte sie dann verschlucken, das ist das einzige, auf was er noch Anspruch machen konnte. Morgen oder übermorgen sollte er mit dem Kinde hier einsperren und auf den Tod hin.

„Sie müssen mir Arbeit geben“, krächzte sie, „Sie müssen und dann werden doch wenigstens die Kinder etwas zu essen haben.“ Und als der Gönner ihr ihr rabatisches Benehmen verwies, ließ sie wieder gegen ihn auf. Ob er glaubte, daß die paar Gulden, die er ihr hinterher, ausreichend wären für die ganze Familie. Es ist heute Donnerstag und es ist nichts

mehr im Hause, nichts, nichts, nichts!“ rief sie, „also schwelge!“

Die kleine Pepi trat ein. Die Mutter hatte sie zum Vater geschickt, zu dem sie sich, ihrer Schulden wegen selbst nicht mehr getraute; das hungernde Kind sollte seine Rüst aufbleiben und zu sehen, wie es sich Brot verschaffen könne.

Die kleine hielt den Laib fest an die Brust gepreßt. „Ich hab's doch kriegt!“ rief sie triumphierend. Und jetzt führten alle Kinder mit hellem Jubel darauf und auch die harten Zähne der Mutter überfiel ein glückliches Lächeln, als sie das Brot entgegennahm, um es sofort anzuschmecken.

Paul war mit seinem Knaben in sein Zimmerchen getreten, das nebenan lag. Nachdem er sich selbst gereinigt, wusch er auch den Kleinen und kämte ihm das blonde, feidenweiche Haar. Er fand seinen Liebling blaß, die kleinen Kinderaugen schienen nicht so frohlich wie sonst zu blicken. Mit unendlicher Fürsichtigkeit befragte er ihn, ob ihm etwas fehle, und als der Knabe verneinte, gab er ihm ein Stück Obst und eine Semmel, die er ihm mitgebracht, und freute sich, als er sah, mit welcher Wärme es der Kleine verzehrte.

Er suchte in der Kommode nach einem frisch gewaschenen Hemdchen, um es ihm anzuziehen, aber es fand sich nur ein einziges vor, und dieses war zerfetzt; unmutig warf er es beiseite.

Nachdem er dem Knaben noch Mund und Gändchen, die vom Obst feucht geworden, sorgsam abgewischt, nahm er ihn auf den Arm und trat durch eine Tür direkt ins das winzige Vorgärtchen hinaus, das von einer lebenden Hecke umgeben war. Hier blühte und duftete es herrlich, und er zeigte ihm, in seiner zärtlichen Art mit ihm plaudernd, die Pracht der Sommerblumen und hob ihn empor, damit er an der hochstämmigen Rose riechen, die sein Papa selbst aus einer gewöhnlichen Heckenrose so schön bereitet.

Als aber aus dem geöffneten Fenster noch immer die seltsame Stimme der Schneider herausdrang, erregte es ihm die Herzen. Er öffnete das hölzerne Gartentürchen, das ein festes Schloß besaß, und trat gegen das Afer hinaus. Er ging mit dem Kinde einige Male auf und ab und ließ sich dann auf der kleinen Bank nieder, die außerhalb des Gärtchens, der Haus- tür zunächst stand.

Er ermüdet und überarbeitet, kam das ganze Mißbehagen einer solchen Existenz über ihn.

Was nützte es ihm, daß er fleißig und intelligent war, daß er im Drote stand und zur Elite der Arbeiter gehörte; was nützte es ihm, daß er sich mannhalt gegen die Ungunst der Verhältnisse wehrte, er würde dennoch immer dieser herabgebrückt.

(Fortsetzung folgt.)



Schon aus diesen Betrachtungen ergibt sich, daß die ehren-  
wertigen Entschlüsse nicht als Akt der Rom-  
anandogewalt angesehen werden können, daß ihre Ver-  
wirklichung nicht in der Hand des schuldigen Militärs  
bleiben darf, sondern daß sie — nach unbedingter erforderlicher  
gesetzlicher Regelung — unter Aufsicht des verant-  
wortlichen Kriegsministers abgefaßt werden müssen.  
Fast unabweisbar sind die Gründe, die aus anderen Rich-  
tungen zu einer solchen Wendung drängen.

## Ausland

### Das radikale Ministerium

In Dänemark hat das äußerste Mißfallen der preußischen  
Zunferteigt und ihr untergeordnetes Organ, die „Deutsche  
Tageszeitung“ schreibt sich die Erregung vom Herzen:

Jetzt ist also Dänemark „bürgerlich-rot“ Erumbis — auf  
wie lange, das ist freilich eine andere Frage, und danach fragt  
man zuerst noch nicht. Die neuen Minister sind eifrig bestrbt,  
vom ersten Augenblick an auch nach außen hin die echt demo-  
kratische Gesinnung zu zeigen. Am Tage der offiziellen Ernennung  
erläßt das Ministerium eine öffentliche Kundgebung des  
Inhaltes, daß seine Mitglieder sich nicht „Erzelenzen“ titulieren  
lassen und keine Hof- oder Ministeruniform tragen wollen. Der  
Regierung nachstehende Befehle machen bekannt, daß das  
Publikum künftig beim offiziellen Empfang fremder Persönlich-  
keiten die Minister als die „bühnenmässigen Dekorationsfiguren“ ver-  
missen werde; die Minister wollen nämlich künftig bei derartigen  
Anlässen rein „bühnenmässiger“ Natur nicht mehr assistieren. Nicht  
genug damit. Die Mitglieder des neuen Ministeriums haben  
dem König Frederik erklärt, daß sie keine Ordensaus-  
zeichnungen für ihre eigene Person annehmen wollen; auch  
wollen sie keinen dänischen Untertan zu irgend welcher inländi-  
schen Ordensauszeichnung empfangen. Im Laufe des Minis-  
teriums will das neue Ministerium einen Gelebenswurf im Reichs-  
tag einbringen, der die Abschaffung von Hofrang,  
Orden und Titeln zum Inhalt haben wird. Der neue  
Ministerpräsident hat neuerdings im Kreise seiner politischen  
Freunde erklärt, daß er und seine Kollegen die „höflichen  
Gelehrten“ den Freimaurer gelassen lassen wollen. Der Minister-  
präsident ist ein entschiedener Gegner auch vom Zölibat.  
Er will mit Vorliebe entweder den Schläpphut, oder  
einen kleinen runden Hut; einen solchen trug er auch  
zur Freude seiner demokratischen Freunde, als er gestern  
nach dem Schlosse Fredensborg fuhr, um dem König Frederik  
seine Ministerliste vorzulegen. Die Gattin des jetzigen Mi-  
nisterpräsidenten Dänemarks befindet sich schon seit einigen Jahren  
in Amt als Stenographin im Reichstage. Manche andere Dame  
in derselben Lage würde sicher gern diese Stellung mit Freude  
gegen den Rang einer „Erzelenz“ vertauscht haben. Frau Sofie  
spricht dagegen ihre Freude darüber aus, daß ihr Gatte, der  
Ministerpräsident, ihr erlaubt hat, ihr Amt als Reichstagen-  
stenographin auch künftig zu verwirklichen; denn wird sie sich natürlich  
auch künftig wohl fühlen als auf dem glänzenden Parkett im  
Anwaltsbörse Schloß. Die meisten der neuen Ministerfrauen  
beabsichtigen sich übrigens gar nicht am Hofe vorstellen zu las-  
sen; bei einigen von ihnen verbietet sich dies allerdings ganz  
von selbst. Beispielsweise mag darauf hingewiesen sein, daß der  
jetzige Landwirtschaftsminister Paul Christensen A. L. Bauer  
und Holzhubner war, und seine Gattin würde sich  
am Hofe sicher nicht wohl fühlen. Das neue Ministerium ver-  
fügt andererseits auch über recht repräsentable Herren. So ist  
das jüngste Mitglied des Ministeriums der Minister des Aus-  
wärtigen, Herr Scavenius. Dieser Herr ist nur 32 Jahre alt  
und hat also eine ganz einträgliche Karriere gemacht. Vor eini-  
gen Jahren war er als Gesandtschaftssekretär bei der dänischen Ge-  
sandtschaft in Berlin beschäftigt; mit 30 Jahren wurde er Ab-  
teilungschef im Ministerium des Auswärtigen zu Kopenhagen,  
dessen Leitung ihm also jetzt anvertraut wird. Der Adel ist  
im ersten radikalen dänischen Kabinett natürlich gar nicht ver-  
treten.

Die erste Aufgabe, die sich das neue Kabinett stellt, ist  
die gründliche Säuberung des Augiasstalles Alberts. Hier wird  
das Ministerium sicher sehr rigoros zu Werke gehen, um alle  
etwaigen Fester und Hofbesuche Alberts zu stören und zur  
Verantwortung ziehen zu lassen. Als eine wichtige politische  
Demonstration wird unter diesen Umständen die Übernahme der  
Leitung des Justizministeriums durch den Ministerpräsidenten  
selbst betrachtet. Ein rein parlamentarisches Ministerium ist das  
letzte Kabinett nicht, da es, auch wenn die sozialdemokratischen  
Stimmen hinzugezählt werden, keine Mehrheit im Folketing hat.  
Reichstagsauflösung und Neuwahlen sind deshalb wahrscheinlich.

Die Parteien der russischen Duma. Nach der von der  
Kanzlei der Duma veröffentlichten Zusammenfassung der Partei-  
gruppierungen in der neuen Session zählt die Fraktion der Rechten 51,  
die Nationalpartei, entstanden aus Verschmelzung der gemäßigten  
Rechten mit den Nationalisten, 93, die Oktoberistenpartei 130, die  
Progressiven 40, die Rabatten 53, die polnisch-litauische Gruppe 18,  
die Moskauern 9, die Arbeitergruppe 14 und die So-  
zialdemokraten 16 Mitglieder. Keiner Partei gehören  
17 Abgeordnete an.

Der gegen Heiligenbilder gerichtete — muß unwillkürlich  
sein. Ein eigenartiger Prozeß wegen „Gotteslästerung“ wurde, wie  
man der „Preussischen Zeitung“ aus Petersburg schreibt, am 9. No-  
vember im Petersburger Bezirksgericht bei geschlossenen Türen ver-  
handelt. Der Bauer Andrejew hatte auf einer Versammlung  
ausgesprochen: „Fort mit den Heiligenbildern! Gott  
braucht keine Heiligenbilder!“ Der Angeklagte hatte einen Ver-  
zeiger abgelesen und verteidigte sich selbst mit großem Geschick.  
Die Richter kamen dem intelligenten Bauern gegenüber zu einem merk-  
würdigen Urteil. Sie entschieden, daß derselbe Gotteslästerung  
aus — Unwissenheit begangen habe, und verurteilten ihn zu  
24 Stunden Polizeibestrafung. — Unsere Pfaffen werden gappeln  
vor Vergnügen über solch ein Urteil.

Zum Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses  
wurde an Stelle Julius Alexander Gaal (Kositzpartei) gewählt.  
Zu Vizepräsidenten wurde Naomay (Verfassungspartei) und Stefan  
Kulowitsch (Volkspartei) gewählt. Ministerpräsident Dr. Bekere  
wird am Sonntag, die Minister Kossuth und Graf Andrássy am  
Montag, vom König in Audienz empfangen werden.

In der französischen Deputiertenkammer interpellierten  
am Freitag die Sozialisten Dejeans und Rouanet über das Zu-  
sammenarbeiten französischer und spanischer Polizei,  
besonders in Paris und den Ostpyrenäen, zur Überwachung und  
eventuellen Verhaftung spanischer Sozialisten. Ministerpräsident  
Viviani erwiderte, es sei keine bestimmte Tatsache vorzubringen  
worden, die ein solches Zusammenarbeiten beweise. Er habe die nötigen  
Maßregeln getroffen, damit keinerlei amtliches Zusammen-  
arbeiten der französischen Polizei mit aus-  
ländischen Polizeibehörden stattfinden könne. Das  
Danks nahm darauf mit 498 gegen 107 Stimmen die einfache  
Tagesordnung an, mit der die Regierung sich einverstanden erklärt  
habe.

Die Budgetfrage in Frankreich. Der Finanzminister  
Cochery und der Ministerpräsident Viviani werden in der Kammer  
beraten, daß es unumgänglich notwendig sei, für das Budget  
neue Einnahmequellen aus Steuern zu finden, die

im Abtreten verschoben sein könnten von denen, die die Regierung vor-  
geschlagen habe. Ministerpräsident Viviani wird in der Kammer  
gegenüber den Anträgen, die neuen Steuern zu bloß abzulehnen, die  
Verträge zu ratifizieren, da er in diesem Vorhaben ein Zeichen  
des Mißtrauens gegen die Regierung erblickt. Die Regierung  
wird sich gegen den Plan einer Anleihe wenden, durch die das Arbeiter-  
verfügungsgesetz gefährdet werden würde.

Die Zahl der Bier- und Schnapschenken in Belgien  
betrug nach einer amtlichen Statistik am 31. Dezember 1889 im  
ganzen 191.225 auf 6.010.189 Einwohner oder je 1 auf 31 Be-  
wohner. Am 1. März 1909 dagegen 211.617 auf 7.318.281 oder je  
1 auf annähernd 36 Einwohner.

In Belgien gibt es außerdem wenig Schulen, viele Kirchen,  
wenig Lehrer, viele Pfaffen — denn dort herrscht seit Jahrzehnten  
ein clerikales Regiment.

Noch ein englischer „Aufwiegler“. Nicht Lloyd  
George ist heute der Lord-Abbot, er ist seinen schneidigen  
Kampfes für die Steuerreform der bestgeeignete Mann bei den Grund-  
besitzern. In einer kürzlich gehaltenen Rede sprach er scharf gegen  
jede Verdrängung der Steuer, für stärkere Besteuerung des Vermögens  
und für Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Schwelgerei. Er  
schloß: „Wenn einer Mut hat, einer Wille entschlossen ist, dann sage  
ich euch, daß die Minister des Königs dafür sorgen werden, daß  
keine Erbämmer, unverantwortlich und ohne Vertretungsmacht,  
sich zwischen euch und die Verwirklichung eurer Wünsche stellen darf.“

Armer Sultan Abdul Hamid. Im Laufe der nächsten  
Monate wird ein Passier über die Kleinodien des ehemaligen  
Sultans von Marokko, Abdul Aziz, auf die es vor zwei Jahren  
1.200.000 Francs geliehen hatte, zur öffentlichen Versteigerung  
bringen.

## Partei-Angelegenheiten.

Kommunalwahlen. Bei den Wahlen in der Provinz (Stadtverord-  
neter) W. h. in der Provinz W. h. gab es von 1148 Wahlberechtigten  
12.342 Wähler, 600 ihre Stimme ab. Davon entfielen auf die  
sozialdemokratische Partei 220, auf die demokratische Partei 131, der Rest  
verstreut. Der Wahlkampf war besonders heftig, da die eine an-  
dere Arbeiterpartei mit hoher Bevölkerungszahl ist, auch  
der Gewerkschaften rechtlich am stärksten und heftigsten ge-  
stützt ist, verdrängt doch das Vorkommnisgeld 10 Mk., welches Beamte  
erhalten. Infolge der Krise haben 3/4 der Arbeiter  
den Lohn verloren, stehen dort — bei einer Einwohnerzahl von  
36.000 sind 800 Wohnungen zurzeit leer. Deshalb ist der Sieg der  
sozialdemokratischen Partei als bevorstehend anzusehen. Gewählt  
wurden die Genossen Medardus Frey, Theodor Tischler, Eugen Hart-  
mann und Gewerkschaftsbeamter Johann Weiler.

In Dübenerhain eruan ein untere Parteigenossen mit  
14 Söhnen die Mehrheit im Gemeinderat, in dem sie vorher  
gar nicht vertreten waren. Auch hier wurde der Regierung ein  
Parteienmitglied als erster Schritt zur Vertiefung präsentiert.  
In Hammelsbach eroberten wir drei, in Erbesbach drei, in Ulmet-  
eichen und in Waldsiedelbach vier Sitze. In allen vier Gemein-  
den hatten wir bisher keine Vertreter.

In Schenckelsdorf, einer Rentensdomäne, in der wir bisher  
keine Vertreter hatten, eruan ein untere Genossen bei der Gemein-  
dewahl 6 Sitze. Es wurde nach dem Prozeß gewählt.  
In Ennsheim eroberten wir zu den schon innegewonnenen 5 Sitzen  
noch 3 weitere, so daß wir jetzt über 8 verfügen.

## Arbeiterbewegung.

Verhältniswahl zu den Invalidenversicherungswahlen.  
Bekanntlich ist der Einfluss der Arbeiterpartei auf die Invali-  
denversicherungswahlen ein außerordentlich geringer und  
hat sich in den letzten Jahren, besonders dort, wo keine Diskonten-  
ten existieren, wie dies namentlich in Bayern der Fall ist. Die Arbeiter  
der größten Industriestadt Bayern — München — müßten sich nach  
heute mit der primitiven und unzulänglichsten Invalidenversicherung  
begnügen, weil ihnen die freilichige Invalidenversicherung die  
Verhältnisse nicht wesentlich verbessert. Demgemäß ist auch die  
Vertretung der Arbeiter in den Invalidenversicherungswahlen fast null.  
Nachdem aber jetzt Sozialdemokraten in die Gemeindevverwaltung ein-  
zuziehen sind, streben diese eine Verbesserung an. Der erste Vorstoß  
wurde am Freitag im Magistrat anlässlich der Wahlen zur In-  
validenversicherung unternommen. Der Magistrat hat für die Ge-  
meinde freientliche fünf Vertreter der Arbeiter und fünf Vertreter der  
Unternehmer zu entsenden. Wie gewöhnlich, wurden von der Klasse  
eine Anzahl leinangestellter Herren vorgeschlagen; unter den Vor-  
geschlagenen aus Arbeiterkreisen bestand sich kein einziger organisierter  
Arbeiter. Die beiden im Magistrat sitzenden Genossen erhoben gegen  
diesen Modus Einspruch und beantragten, bei diesen Wahlen eine  
Art Verhältniswahlweise anzuwenden in der Weise, daß die frei-  
organisierten Arbeiter drei Sitze bekommen sollten. Von den 5 Sitzen  
der Unternehmervertreter wurde nur ein Sitz beansprucht. Unter  
dem Vorwand, daß erst die Wahlbarkeit der vorzuschlagenen Ge-  
nossen geprüft werden müsse, verwies der Magistrat die Sache in die  
geheime Sitzung. Dort wurden den freioorganisierten Arbeitern zwei  
Vertreter zugesprochen.

Tarifverträge in der Bran-Industrie. Mit der Welt-  
Brauerei in Hartmannsdorf schloß der Brauer- und Arbeiterverband einen  
Tarifvertrag ab mit Lohnrückstellungen bis zu 3 Mk. pro Woche, Ar-  
beitszeitverlängerung um eine halbe Stunde pro Tag für das Winter-  
halbjahr und Einführung eines Urlaubs von 2-6 Tagen ohne Lohn-  
abzug.

Die Tarifverträge mit der Brauerei Weinheim brachte Lohn-  
Erhöhungen von 2-3 Mk. pro Woche, eine Viertelstunde Arbeits-  
zeitverlängerung täglich, höhere Lebensmittelpreise, für Heiler und Ma-  
schinisten Vergütung der Sonntagsarbeit. Dampfheizer-Beimessen wird  
mit 4 Mk. pro Tag und Person extra bezahlt. Das Bierausfahren  
Sonntags wird nach Stunden bezahlt. Ferner wurde Urlaub ohne  
Lohnabzug von 3-6 Tagen eingeführt.

Auch die Tarifverträge mit den 2 Brauereien in Jümann  
brachte verschiedene Verbesserungen.

## Aus Schlesien und Posen.

Frankfurt, 14. November. Ein glänzender  
Kaisersball. Im „Friedländer Wochenblatt“ fand vor länge-  
rer Zeit folgende Notiz: „Durch zwei Jahre führte der hiesige  
Militärklub gegen ein von auswärtig zugewandenes Mitglied  
wegen Ausschluß desselben einen Prozeß, der in allen Instanzen  
genommen wurde. Da die sehr erheblichen Kosten von  
dem Kläger nicht eingezogen werden konnten, wandte sich der  
Klub an den Deutschen Arbeiterverband um Unterstützung. In  
diesem Augenblick nun die gesamte Kostensumme der eingetroffenen  
Beschuldigung über das Wohlwollen des Bundes herrscht.“  
Und was war die Ursache des Prozesses? Das betreffende  
Mitglied sollte zum Vorstehenden gewählt werden, und als es  
dies mit einigen drastischen Worten ablehnte, erfolgte prompt  
der Ausschluß aus dem Verein. Hiergegen klagte das betreffende  
Mitglied, weil es ihm weniger um die Mitgliedschaft zu tun  
war, als gütlich schließen zu lassen, was Statuten vom Freie-  
gerichten für einen Wert haben und wie die Kameradschaftlich-  
keit in den Arbeiterkreisen gepflegt wird. Der Prozeß dauerte  
zwei Jahre und wie nicht anders zu erwarten war, fiel er zu  
Ungunsten des Klägers aus. Da die Kosten, es sollen gegen  
500 Mark sein, von den Mitgliedern aufgebracht werden  
sollten, drohte die Kameradschaftlichkeit auseinanderzugehen. In  
der höchsten Not sprang der Arbeiterverband dem bedrängten Kamer-  
aden in Frankfurt bei, indem er die Kosten bezahlte und

dadurch das Kameradschaftslied wieder herstellte. Darob dankte  
große Freude. — Die einzigen Arbeiter aber, die es noch nicht  
über sich gewinnen können, aus den Arbeiterkreisen auszutreten,  
mögen aus diesem Vorkommnis ersehen wo die geachteten Bel-  
träge hinkommen.

Stogau, 13. November. Wahlverein. In der letz-  
ten Sitzung hielt Parteisekretär Stobbe einen interessanten  
Vortrag über „Kultur- und Freiheitsbestrebungen“. Neben ent-  
sprach eine sehr gute Ausdrucksweise über die Kulturpolitik der  
Partei. Die Presse am hiesigen Orte, welche viel zu wünschen  
übrig lasse. Bezeichnend sei der Umstand, daß von 800 orga-  
nisierten Arbeitern noch nicht einmal 200 Parteimitglieder gehalten  
werden können. Es soll in Zukunft eine regere Agitation in  
dieser Hinsicht entfaltet werden. Um Mittel und Wege zu finden,  
wurde ein Mandat zum Besten in dieser Angelegenheit erteilt,  
wurde eine fünfjährige Kommission gewählt, die das in  
Näherem feststellen soll. Mitglieder der Kommission sind die Ge-  
nossen Behner, Krakau, Danow, Rudat und eine  
Genossin. — Der Brauerstreik der in ein verwickeltes Stadium  
getreten ist, bildet den Schwerpunkt der Verhandlungen.

Stogau, 14. November. Der gewaltige Sturm,  
welcher Sonntagabend Nachmittag herrschte, hatte es ganz besonders  
auf das Gewerkschaftshaus abgesehen und ein unge-  
richtiger Schorstein in ein durchschlagendes Dach  
und einen feinen Wurm. Weiter reichte seine Kraft nicht, zum Beispi-  
el unsern lieben „Freunde!“

Stogau, 15. November. Noch immer die Boykott-  
aktion. Von der Strafkammer wurden neun Genossen,  
die wegen Verleumdung von Boykottgenossen vom Schöffengericht freige-  
sprochen waren, wegen vom Amtsanwalt Verurteilung ange-  
klagt wurde, ebendort freigesprochen. Die Verurteilung der anderen acht  
Genossen wurde jedoch abgelehnt, da die Rechtslage eine ganz  
andere sei — Auch für den Amtsanwalt, der die Verurteilung gegen  
das freisprechende Urteil einlegte?

Stogau, 13. November. Angeklagte Klage  
des Magistrats. Der hiesige Magistrat klagte gegen die  
hier noch aus vier Mitgliedern bestehende Bauern- und Stein-  
metz-Innung wegen Auflösung der Innung. Der Magistrat  
klagte, weil die Innung den Aufgaben, die das Handwerk  
gemäß an die Innungen stelle, nicht mehr gewachsen ist. Der  
Innungsvorstand klagte gegen die Auflösung der Innung, weil  
die Innung und machte geltend, daß, wenn die Innung auch nicht  
sei, so ist sie doch gut fundiert und drei ihrer Mitglieder des  
schätzlichen hundert von Arbeitern, und in Zukunft ist eine Ver-  
mehrung der Innungsmitglieder zu erwarten. In einer soforti-  
gen Auflösung der Innung konnte sich der Breslauer Bezirks-  
auschuss nicht entschließen, der Magistrat soll erst angefragt  
werden, ob die Innung noch lebensfähig ist. — Das ist die  
richtige Ansicht, denn bekanntlich klagt der Magistrat auf Auf-  
lösung der Innung.

Stogau, 15. November. Todesurteil. Das hiesige Schur-  
gericht verurteilte das 27-jährige Dienstmädchen Anna Werner aus  
Stogau, daß ihr ein Monate altes Kind lebendig vergraben  
habe, was ein Verbrechen zum Tode und zum dauernden Verlust der  
bürgerlichen Ehrenrechte.

Stogau, 15. November. Todesurteil. Das hiesige Schur-  
gericht verurteilte das 27-jährige Dienstmädchen Anna Werner aus  
Stogau, daß ihr ein Monate altes Kind lebendig vergraben  
habe, was ein Verbrechen zum Tode und zum dauernden Verlust der  
bürgerlichen Ehrenrechte.

Stogau, 13. November. Ein „Wasseruser“ und  
ein „Gelehrter“ sein. Die Folgen der Tabaksteuer machen  
sich auch in Stogau recht fühlbar. In allen Kreisen wird mit  
besorgter Arbeitseile gearbeitet. Eine längere Be-  
triebsstillung bei der Firma Deter wurde durch den Deutschen  
Tabakarbeiterverband, dem in einer Betriebsbesprechung über  
30 Mitglieder beitraten, abgewehrt. Ueber den Mitglieder-Zu-  
wachs gerieten die Frommen in Mut und ihr Bestreben war,  
die abtrünnig Gewordenen wieder der Organisation zuzuführen.  
In der katholischen Kirche zu Stogau wurde deshalb für die  
abgefallenen „Sünder“, die der freien Gewerkschaft beigetreten  
waren, ein „Wasseruser“ und ein „Gelehrter“ sein. Die freien  
„Wasseruser“ gebietet. Aber auch das Beten für die Sünder  
hatte nicht den gewünschten Erfolg. Im Gegenteil, von den  
jenigen, die dem Gottesdienste behaupteten, traten noch eine  
Anzahl dem Deutschen Tabakarbeiterverband bei, in der rich-  
tigen Erkenntnis, daß die Kirche gar nicht in der Lage ist,  
irgend etwas für die Hebung der wirtschaftlichen Interessen der  
jetzt nothleidenden Tabakarbeiter zu tun. Gerade die Vertreter  
des Zentrums waren es ja, die im Reichstage für die Er-  
höhung der Tabaksteuer, die den Arbeitern dieses Berufes so  
viel Elend bringt, gestimmt haben. Ein Gebet für die Stände-  
genossen der katholischen Kirche, die das Elend in der Tabak-  
industrie herausbeschwoeren haben, und für alle diejenigen, die  
„Verirrungen“ zum Opfer gefallen sind, wäre daher angebracht.

Stogau, 13. November. Die Arbeiter be-  
halten werden. Den Opfern der Humanität fehlten Arbeitern  
gegenüber scheint der Zigarettenfabrikant Ludwig Reiner  
von hier erkrankt zu haben. Als am 8. November Reiner  
die fertigen Zigaretten aus der Fabrik nach Stogau  
transportierte, fand er die Zigaretten nicht zu seiner Zufriedenheit  
hergestellt. Er ließ sich den Werkführer August Krüger,  
der im September das 25-jährige Arbeitsjubiläum bei der Firma  
feierte, kommen und sagte ihm an: „Pressen Sie die  
Zigaretten!“ Zugleich ließ er ihm aber ein Buch zu-  
garen ins Gesicht. Solche und ähnliche Vorwände  
sollen im Interesse des Herrn Reiners nicht zu den Seitenhieben  
gehören, denn erst kürzlich soll er aus einer geringfügigen Ur-  
sache eine verheiratete Arbeiterin in den Rücken  
geschlagen haben.

Stogau, 13. November. Die Arbeiter be-  
halten werden. Den Opfern der Humanität fehlten Arbeitern  
gegenüber scheint der Zigarettenfabrikant Ludwig Reiner  
von hier erkrankt zu haben. Als am 8. November Reiner  
die fertigen Zigaretten aus der Fabrik nach Stogau  
transportierte, fand er die Zigaretten nicht zu seiner Zufriedenheit  
hergestellt. Er ließ sich den Werkführer August Krüger,  
der im September das 25-jährige Arbeitsjubiläum bei der Firma  
feierte, kommen und sagte ihm an: „Pressen Sie die  
Zigaretten!“ Zugleich ließ er ihm aber ein Buch zu-  
garen ins Gesicht. Solche und ähnliche Vorwände  
sollen im Interesse des Herrn Reiners nicht zu den Seitenhieben  
gehören, denn erst kürzlich soll er aus einer geringfügigen Ur-  
sache eine verheiratete Arbeiterin in den Rücken  
geschlagen haben.

Stogau, 15. November. Ein ansehnlicher „Sünder“  
bildner. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem  
10-jährigen Schulfreund, wurde der Organist Waldert Salewski  
von hier zu einem Jahre und sechs Monaten Zuchthaus  
verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.

Stogau, 15. November. Ein ansehnlicher „Sünder“  
bildner. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem  
10-jährigen Schulfreund, wurde der Organist Waldert Salewski  
von hier zu einem Jahre und sechs Monaten Zuchthaus  
verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.

Stogau, 15. November. Zwei Arbeiter überfahren.  
Sonntag früh wurden die Stredra beider Kasowpe und  
Zurück auf dem Bahndamm bei Stogau tot aufgefunden. Sie  
waren auf dem Bahndamm gelassen und sind dabei von einem  
Wagen überfahren worden.

Stogau, 15. November. Ein ansehnlicher „Sünder“  
bildner. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem  
10-jährigen Schulfreund, wurde der Organist Waldert Salewski  
von hier zu einem Jahre und sechs Monaten Zuchthaus  
verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.

Stogau, 15. November. Ein ansehnlicher „Sünder“  
bildner. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem  
10-jährigen Schulfreund, wurde der Organist Waldert Salewski  
von hier zu einem Jahre und sechs Monaten Zuchthaus  
verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.

Stogau, 15. November. Ein ansehnlicher „Sünder“  
bildner. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem  
10-jährigen Schulfreund, wurde der Organist Waldert Salewski  
von hier zu einem Jahre und sechs Monaten Zuchthaus  
verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.







## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. November.

### Geschichtskalender.

16. November.

1683 Gustav Adolf fällt bei Lützen  
1848 Demofrat Messenhauter in Wien erschossen.

### Die Umwälzung der Breslauer Kommunalbesteuerung.

Eine peinliche Ueberraschung, die bis in den letzten Breslauer Haushalt fühlbar werden dürfte, bestimmte Gewerbesteuern unserer Stadt aber in ganz besonderem Maße betrifft, bringt die neueste Nummer des „Gemeindeblattes“, das unser Magistrat zur Information seiner verehrten Bürger seit einigen Jahren herausgibt. In ihm schließt er heute etwa sieben neue Steuer-Gesetze in einem Guß über die Breslauer Einwohnerschaft aus: man kann fast auf den Gedanken kommen, daß das Steuerbuckelt einen solchen starken Umfang angenommen hat, damit jeder einzelne Betroffene sich mit der Blume kränze, die für den Nachbar bestimmt ist. Soweit es sich bei dem ersten Blick übersehen läßt, handelt es sich um die durch Abschaffung der Schlachtsteuern herbeigeführten Umwälzungen, als da sind:

1. Abschaffung der Wild- und Geflügelsteuer,
2. Erhebung der Schlacht-, Fleischbeschau- und Marktgebühren,
3. Erhöhung der Kanalgebühren,
4. Einführung der Willkürsteuer,
5. Einführung einer Konfessionssteuer für Schanklokale,
6. Erhöhung des Wasserkostes,
7. Einführung einer Mietssteuer für Gasmesser und teilweise Abschaffung der Korbsteuern,
8. Einführung einer Steuer für Elektrizitätsmesser.

wonach noch die schon vor längerer Zeit beantragte Minderung der Hafentarife und ferner eine Abänderung der Grundsteuern für die Rücklagen der Betriebswerke kommt — wie man sieht ein Strauß, dessen Einzelheiten auf den ersten Blick gar nicht alle erfasst werden können. Nichtsdestoweniger ist es unsere publizistische Pflicht, unsere Leser schon heute mit den hauptsächlichsten Bestimmungen und Abänderungen der neuen Steuerordnungen kurz bekannt zu machen.

Zur Abschaffung der Schlacht-, Wild- und Geflügelsteuer führt der Magistrat aus:

Die Erhebung der Schlacht-, Wild- und Geflügelsteuer geschieht durch Beamte der königlichen Oberinspektion und zwar seit dem 1. April 1908 gegen Zahlung von 10% in Prozent der Ertrags-einnahmen dieser Steuern und Erhaltung derien in Höhe von, welche durch Veranlassung von Beamten und eine allmähliche Aufbesserung der Besoldungen erwachsen. Als Reinertrag sind im Etat für 1909 eingestellt

die Schlachtsteuer mit	1.825.000 Mk.
Wildsteuer	60.500 „
Geflügelsteuer	120.000 „
dieser Einnahmen im Gesamtbetrage	2.005.500 Mk.

neben an Ausgaben (Gebühren an die Viehhofstafel, bauliche Unterhaltung der Steuergebäude, Ausgaben Laken, Mieten und Rückstellungen) im ganzen 44.213,29 Mk. gerechnet.

Von diesen Einnahmen kommt diejenige aus der Schlachtsteuer nach dem Volkstatistik vom 25. Dezember 1902 mit

dem 1. April 1910 in Wegfall. Dagegen wäre es möglich zu lassen, auch fernerhin die Wild- und Geflügelsteuer zu erheben. Dies empfiehlt sich nicht. Denn abgesehen davon, daß es nicht gerechtfertigt erscheint, nur gewisse Arten des Fleisches zu besteuern, wären die Kosten der Erhebung der Wild- und Geflügelsteuer unermesslich hoch. Diese Steuern könnten nur erhoben, Unterstellungen wüßten nur begrenzt werden, wenn im wesentlichen dieselben Erhebungs- und Kontrollmaßnahmen bestehen bleiben, welche gegenwärtig auf sämtlichen Bahnhöfen und an den Stadteingängen vorhanden sind. Die hierdurch entstehenden tatsächlichen und verhältnismäßigen Kosten, welche bei einem derartigen Betrage der Erhebungskosten von 227.000 Mark für die Zukunft auf wenigstens 100.000 Mark zu veranschlagen sein würden, stehen zum Ertrage dieser beiden Steuern in starkem Mißverhältnis. Ebenfalls würde es sich bei dem geringen Ertrage rechtfertigen, nach wie vor die Verhältnisse in der Sache zu lassen, die für jeden Konsumenten, für jeden Empfänger einer Sendung von auswärts aus den erforderlichen zollamtlichen Revisionen notwendig entstehen. Wir haben daher beschlossen, die Erhebung dieser beiden Steuern mit der Erhebung der Schlachtsteuer vom 1. April 1910 ab einzustellen.

Bei Annahme dieses Antrages würde sich gegenüber dem Etat ein Fehlbetrag von 1.960.787 Mark ergeben.

### Die Erbschaftsteuer.

Wollte man daran denken, diesen Betrag durch Zuschläge zu den direkten Steuern zu decken, so müßten diese — bei Annahme der bisherigen Einheitsätze — um fast 22 Prozent erhöht werden. Dies erscheint um so weniger angängig, als die Einkommensteuer erst im Jahre 1909 um 18 Prozent, die Realsteuer um 17 bis 18 Prozent erhöht werden mußten, und die Einkommensteuer schon gegenwärtig mit 164 Prozent Zuschlag die Realsteuer mit 187,70 bezw. 188 Prozent übersteigen werden müssen. Die Mehrerträge unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Einkommen zur Staatssteuer geboten, eine weitere Erhöhung der direkten Steuern durch die Gemeinde nach Möglichkeit hintanzuhalten und den durch den Wegfall indirekter Steuern entstehenden erheblichen Fehlbetrag soweit irgend möglich in anderer Weise und zwar zunächst durch andere indirekte Steuern oder durch diesen nahe verwandte Abgaben zu decken.

Zur Deckung der 1.960.787 Mark haben wir daher beschaffen, die nötigen Gebühren zu erhöhen, welche bisher offenbar zu niedrig bemessen sind und die gebotenen Vorteile nicht annähernd ausreichen (Schlachthof-Verwaltungs-, Kanalgebühren), ferner die Konfessions- und die Konzessionssteuer neu einzuführen, vor allem aber die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke durch Abänderung der Abschreibungsgrundätze, Erhöhung des Wasserpreises und Einführung der Gas- und Elektrizitätszähler in erhöhtem Maße heranzuziehen.

Die Gebührensätze des Schlacht- und Viehhofes sollen am 1. April 1910 wie folgt erhöht werden:

a) Schlachtgebühren:	
für 1 Rind	von 4,50 auf 6,— Mk.
1 Schwein	3,50 „ 4,— „
1 Kalb	0,50 „ 1,— „
1 Schaf oder 1 Ziege	0,40 „ 0,75 „
b) Schanengebühren für das von auswärts eingeführte Fleisch, und zwar:	
für 1 Rind	von 4,30 auf 5,80 Mk.
1/2 „	1,10 „ 1,45 „
einmaligen Praten usw.	0,75 „ 1,10 „
1/2 Schwein	1,25 „ 1,50 „
1 Schweinehälften	0,75 „ 1,— „
1 Schweinekeule	0,50 „ 0,75 „
1 Kalb	0,45 „ 0,95 „
1 Kalbskeule oder	0,30 „ 0,40 „
1 Kalbshälften	0,35 „ 0,70 „
1 Schaf	0,15 „ 0,30 „
1 Schafhälften oder	0,15 „ 0,30 „
1 Schafhälften	0,15 „ 0,30 „
c) Marktgebühren:	
für 1 Schwein	von 0,80 auf 0,85 Mk.

Der Magistrat führt zur Begründung weiter an, daß der Ueberschuß von 30.000 Mk., den die Stadt bisher aus dem Schlachthof erzielt, in offenbarem Mißverhältnisse steht zu

den für diese teils sanitäre, teils gewerbliche Anlage aufzuwendenden erheblichen Kapitalien, wie zu den großen Vorteilen und Bequemlichkeiten, welche diese Anlage den Fleischern bietet.

Trotz der Erhöhung der Schlachtgebühren stellt sich infolge der Aufhebung der Schlachtsteuer der zunächst von den Fleischern weniger zu zahlende Betrag wie folgt:

für 1 Ochsen	25,50 Mk.
1 Kuh	18,75 „
1 leichtes Rind	13,50 „
1 Schwein	6,25 „
1 schwarzes Kalb	3,50 „
1 leichtes Kalb	1,75 „
1 Schaf, Ziege	1,55 „

Als finanzielle Folge dieser Erhöhung berechnet der Magistrat unter Zugrundelegung des vorigen Etats eine Erhöhung des Ueberschusses um 239.216 Mk.

### Die Erhöhung der Kanalgebühren

Wie in dem Antrage geplant, daß statt bisher 1/2 Prozent des Gebäudesteuer-Aufschlagwertes in Zukunft 1 1/2 Prozent erhoben werden. Die Gesamtheit der Steuerzahler hätte bis— allein für die Ableitung der Niederschlagswässer von den öffentlichen Straßen und Plätzen 421.300 Mark an laufenden Ausgaben zu zahlen, außerdem aber noch die wechselnden einmaligen Ausgaben aufzubringen, welche 1907: 33.700 Mark, 1908: 21.489 Mark, 1909: 3650 Mark betragen.

Die Deckung der Ausgaben gleicht nach der Ansicht des Magistrats in keinemwegs zureichender Weise die Vorteile aus, welche einerseits die Gesamtheit der Grundstücke, andererseits die Stadtgemeinde als Vertreterin des öffentlichen Interesses aus der Kanalisation haben. Denn die Ausgabe betrug in Barmen 2,21 Prozent, in Hannover 3 Prozent, in Nürnberg 2 1/2 Prozent, in Düsseldorf 1 Prozent, in Berlin 1 1/2—2 Prozent, in Frankfurt 1 Prozent, in Wiesbaden 1—2 Prozent. Während in einzelnen dieser Städte der auf den Kopf der Einwohner entfallende Betrag an Kanalgebühren bis auf 3,38 und 4,11 Mark steigt, soll er in Breslau von 1,02 Mark auf 1,53 Mark erhöht werden, wodurch sich der Magistrat eine Mehrertragsnahme von 264.150 Mark verspricht.

### Die Einführung der Willkürsteuer

Ist von der Stadtverordneten-Versammlung selber bereits im Prinzip genehmigt worden. Von der Willkürsteuer — Steuersteuer — sollen getroffen werden alle Kaufverträge, Leihen und imoweit der Zutritt zu diesen Veranlassungen von der Lösung von Eintrittskarten oder die Stelle solcher vertretenen sonstigen Ausweise (Programme, Bausche usw.) zum Preise von 0,51 Mark und darüber abhängig gemacht ist. Sie soll bei einem Eintrittsgelde von 0,51—1,00 Mark 5 Pfennig, bei einem höheren Eintrittsgelde für jede angefangene 1/2 Mark weitere 5 Pfennig betragen. Durch die Befreiung der Kartensteuer auf Eintrittskarten zum Preise von mehr als 50 Pfennig soll die Steuerfreiheit vollständig erreicht und den weniger bemittelten Kreisen der Besuch anderer besonders wohlfeiler Darbietungen ermöglicht werden.

Es werden also nicht befreit alle Kaufverträge, bei denen die Willkürsteuer Teilnehmer unter dem Höchstpreis von 50 Pfennigen bleiben. Werden teurere Willkürkarten verkauft, dann sind alle Beteiligten mit 5 Pfennigen zu belegen, die mehr als 50 Pfennig kosten. Die Steuer steigt bei einem Bilet von 1 Mark auf 10 Pfennig, 2 Mark auf 15 Pfennig und so fort.

Der Magistrat begründet die Steuer wie folgt: „Um den durch Aufhebung der Schlachtsteuer veranlasseten Einnahmefall wenigstens zu einem kleinen Teile zu decken, erscheint die Einführung dieser von der allgemeinen Versammlung grundsätzlich empfohlenen indirekten Steuer zweimäßig, zumal sie vorzugsweise die besser bemittelten Kreise der Einwohnerschaft trifft und vor diesen gelegentlich des Besuchs einer vielfach ausschließlich unterhaltenen Veranstaltung zu entrichten ist. Zudem würde der Ertrag dieser Steuer denjenigen Zuschuß bedeuten, welchen die Stadt seit Jahren mit 50.000 bis 60.000 Mark zum Stadttheater leistet, der aber in den nächsten Jahren möglicherweise eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren wird. Im Vergleich zu den Einnahmen anderer Städte, die bei der Größe unserer Stadt, der höchst zulässigen Besucherzahl der eigentlichen Theater, des The-

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die „Pionardo-Büste“ durchleuchtet. Im Streit um die Echtheit der vom Direktor der Berliner Museen, Geheimrat Bode, in London für 160.000 Mk. angekauften Pionardo-Büste, die dieser Pionardo da Vinci aufschreibt, verfuhr man der Sache mit Hilfe der modernen Wissenschaft „auf den Grund zu gehen“. Um das Material zu ermitteln, das sich im Innern der Wachsbüste befindet, wurde, wie man mitteilt, am Sonnabend Vormittag im Kaiser-Friedrich-Museum in Gegenwart einer Kommission mit einem Röntgen-Apparat, bestehend aus Röntgenröhre und Röntgenapparaten vorgenommen. Das Resultat dieser Untersuchung wird vorläufig noch streng geheim gehalten, bis nach Abschluß der Studien eine fachgemäße Erklärung erfolgen kann. Die Geheimtätigkeit spricht nicht gerade für Herrn Geheimrat Bode.

## Aus aller Welt.

Sturmgebungen aus dem Reiche. Außer in ganz Schlesien und Polen herrschen am Freitag und Sonnabend in zahlreichen Städten Mittel- und Süddeutschlands starker Sturm, der überall Verheerungen und andere Schäden mit sich brachte. Besonders die Nordsee wurde von einem schweren Orkan heimgelacht. Hierzu liegen folgende Telegramme vor:

Magdeburg, 13. November. Ein orkanartiger Sturm hat hier und in der Umgegend große Verwüstungen angerichtet. Starke Winde wurden gefühlt. Ebonische Ästen um und Fenster und Latenträger wurden zertrümmert. Zahlreiche Posten erlitten durch herabfallende Dachziegel Verletzungen. Ein Mädchen wurde durch einen herabfallenden Schornstein lebensgefährlich verletzt.

Darmstadt, 13. November. In der Nordsee tobt seit gestern ein schwerer Nordoststurm. Der schwedische Dampfer „Droce“, nach Kopenhagen bestimmt, sprang leck und mußte unter Pumpen nach Copenhagen zurückkehren. In der Elbmündung stromobte der Dreimast-Schoner „Marie Dackelb“. Die Schleiher können wegen des hohen Seegangs keine Verbindung herstellen. Das Schiff gilt als verlorener.

Chemnitz, 13. November. Infolge des schweren Sturmes stürzte der Giebel eines Neubaus in der Vorstadt Altendorf ein. Die Zimmer fielen auf mehrere unten arbeitende Arbeiter, von denen einer erschlagen und zwei schwer verletzt wurden.

Wien, 13. November. Während des heutigen Tages wüthete ein heftiger Sturm im gesamten West- und Mittel-Deutschland, daß alle Haupt-Telephonleitungen unterbrochen waren. Auch der Telephonverkehr war sehr erschwert. Die Luftschiff-Stationen sind infolge des Sturmes aus-gefallen.

München, 13. November. In München wüthet seit gestern Nacht ein orkanartiger Wind. Ein nach Hause gehender Student wurde vom Einru in einen Hausraum geschleudert und erlitt dabei eine Gehirnerschütterung; er mußte in die chirurgische Klinik gebracht werden. In Alglau hat es heute Nacht so stark geschneit, daß der Frühglocken-Rempfen — und auf breiter Strecke im Saal — stehen blieb. Im bayerischen Walde liegt der Schnee streckenweise meterhoch.

Kopenhagen, 13. November. Ein heftiger Schneesturm suchte heute Nacht den Süden der Insel Seeland heim. Das Unwetter richtete großen Schaden an. Der Telegraphen- und Telephonverkehr mit dem Auslande ist völlig, im Inlande teilweise unterbrochen. Der Eisenbahnverkehr ist auf einzelnen Strecken eingestellt. Im hiesigen Hafen sind mehrere Schiffe beschädigt, Militär ist aufgeboten worden, um den unterbrochenen Eisenbahn- und Telegraphenverkehr wiederherzustellen.

Epidemieepidemie an der Untersee. In den zwei größten Gemeinden an der Elbmündung, Dittendorf und Altenbruch, herrscht wie ein Telegramm aus Hamburg meldet, seit einiger Zeit eine Typhus-Epidemie. Die Zahl der Erkrankten ist so groß, daß zur Unterbringung der Kranken das Armenhaus in Neuwerk und das Schulhaus in Mütendorf benützt werden mußten. Kitzliche Kräfte sind nur noch in geringem Maße vorhanden. Die Ursache der Epidemie ist verdorbenes Wasser.

Schnapsbrennerei und Steuerhinterziehung. Aus Rom wird gemeldet: Auf eine technisch vervollkommnete Form der Steuerhinterziehung ist die Schnapsbrennerei Giacom in Carone (Norditalien) verfallen. Den Steuerbehörden war es aufgefallen, daß die Fabrik viel weniger Schnaps verfertigte, als sie nach ihren Anlagen herstellen mußte. Es wurde eine Durchsuchung abgehalten, bei der man ein in der Wand eingebautes Rohr entdeckte, durch das direkt aus dem Destillier-geßvorrat ein Teil des Produkts abfloß, der so der Kontrolle der Steuerbehörde entgingen wurde. Die Steuerbeamten beschlagnahmten acht Fässer Wein und zehn Fässer Schnaps und verhängten gleichzeitig eine Strafe von 20.000 Lire. Da der Besitzer es vorzog, das Weite zu suchen, wurde die Schnapsbrennerei geschlossen und polizeilich bewacht.

Die Schnapsfabrik des „Schinderhannes“. Aus Mainz wird geschrieben: In den letzten Tagen wurde bei dem Gassenhändler in Niederbach eingeschlagen. Dabei nahmen die Diebe auch eine wertvolle Schnapsfabrik mit, die nach der „Jdd. Ntz.“ von dem bekannten mainzischen Räuberhauptmann, dem „Schinderhannes“ stammte. Im Innern trug die silberne Dose den Namen Johannes durch den Wald“ und die Jahreszahl 1797. Ein Vorfabrik des jetzigen Besitzers mußte dem Schinderhannes 300 Gulden geben, und dieser gab ihm als Pfand einen kostbaren Ring und die Tabakdose. Der Räuber hat diese Sachen nicht mehr eingelöst, und so wurde die Dose als Familienschatz aufbewahrt, bis sie jetzt wieder in Diebeshände geriet.

Das Urteil im Prozeß Steinheil. Zum Prozeß Steinheil wird noch gemeldet: Gegen 7 Uhr trat eine Pause von 1 1/2 Stunden ein, worauf gegen 9 Uhr der Verteidiger sein Plädoyer fortsetzte. Um 10 Uhr 25 Minuten waren sich die Geschworenen zur Beratung zurück, die sich ungewöhnlich lange ausdehnte. Als Grund dafür wird angegeben, daß die Geschworenen sich über die ihnen gestellte stehende Anklagefrage nicht einig werden konnten, die sich besonders auf die Willkür der Angeklagten an dem Worte bezieht. Tatsächlich ist der Präsident in das Beratungskammer berufen, um nähere Auskunft über aktive und passive Mittäterschaft zu geben.

Nach zweistündiger Beratung der Geschworenen verhandelte kurz nach 1 Uhr der Gerichtshof das Urteil, das auf Freisprechung der Angeklagten lautete. Die Geschworenen hatten sämtliche Schuldfragen verneint. Das Urteil wurde im Gerichtssaal mit großem Jubel angenommen.

Attentat einer Frau auf den englischen Handelsminister. Als der englische Handelsminister Schurchill am Sonnabend Nachmittag mit seiner Gattin und mehreren Freunden auf dem Balkon des Babnhofs Bristol stand, durchbrach eine junge, elegant gekleidete Dame den Polizeifordon und schlug dann den Minister mit einer Keilbeilische mehrere Male über den Kopf und ins Gesicht. Schurchill rang mit ihr und entwand ihr die Beilische. Die Dame wurde sofort festgenommen. Der Minister begab sich unter der Obhut eines Polizeifordons mit eingeschlagenem Hut nach seinem Automobil.

Die Erdbeben in Haiti und San Domingo. Aus Port au Prince auf Haiti wird gemeldet, daß während des Jylons, der in der vergangenen Woche seinen Höhepunkt erreichte, die ganze Insel infolge von Erderschütterungen zu schwanken begann. Ein gewaltiges Aufwachen des Meeresbodens schien festzustellen und eine sechs Fuß hohe Welle schlug sich quer durch das Land. Das Posthaus an der Nordküste bei Cap-Haitien wurde weggeschwemmt.

Die benachbarte Republik San Domingo hat ebenfalls gelitten. Quernaplata an der Ostküste der Insel wurde von einer mächtigen Welle überschwemmt. Erdbeben veranlassen im Verein mit Sturmwellen große Erdstöße. Die Konturen des Landes sollen ganz verändert sein. Die Pest bedroht die Einwohner.

Ab Jamaica erhielten einige Londoner Häuser Meldungen über die Vernichtung von Plantagen und Gärten. Die „Goring News“ entnehmen von der Situation folgendes Bild: Das Geschäft steht vollständig still, die Straßen sind infolge von Erdstößen unpassierbar, keine Bäume mehr, die Bäume sind fortgeschwemmt, Dörfer und Städte sind zerstört, die Bonaventurplantagen ruiniert, die Telegraphenlinien zerstückt und was das Schlimmste ist: die Konstruktion der Wasserwerke sind in Trümmer zer-











**Stierentell.**

**S. Schults.** 1. Stierentell, die ältere als drei Monate fällig sind, dürfen nicht mehr vom Kohne abgezogen werden. **Schweizer** Sie sind. 2. Wein. Nr. 100. Sie können die versprochene Vergütung verlangen und auch einlangen. **S. S.** Die Mutter des unehelichen Kindes kann nicht anklagen werden, das Kind an die Eltern des Vaters zurückzugeben. **Hebriger** hat darüber der Vormund an zu entscheiden. Nicht die Mutter, sondern der Vater hat für den Unterhalt des Kindes zu sorgen. **Nachsch.** Wünsche, die für druckreif befunden werden, werden auch bezahlt. **S. W., Ostbor.** Kommt alles, nur Geduld. **S. W., Brien.** Es ist wohlgeheißt, daß der Reichsrat (Frei-  
konferenzen) an und hat für die Verbesserung des Gesetzes der Kinder und Jugendlichen, aber gegen das Erbrecht des Vaters gestellt. Abgeordneter Pfundner behält der Freikantons Wahlrecht an und stimmt für beide Vorlagen.

**Verfammlungen und Vereine.**

**Gewerkschaftshaus.**

Montag, den 15. November:  
Hoff-Verband. Abends 7 Uhr: Wichtige Verfammlungen im Zimmer 1.  
Frankösischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 5.  
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7-9 Uhr im Zimmer 7.  
Mittwoch, den 17. November (Vortrag):  
Allgemeine Lektüre-Verfammlungen im großen Saale Vormittags 10-11 Uhr.

Donnerstag, den 18. November:  
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7-9 Uhr im Zimmer 7.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau.**

**An die Verlehrs- und Direktionsleiter!**

Montag, den 22. November, Abends 8 Uhr, in der Diktionskammer monatliche Abrechnung der Verlehrsleiter. Die Kontostellen und die unverkauften Verlehrsmarken sind mitzubringen.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).**

Land-Distrikt 4. Bezirke Gräbchen, Groß-Wohlhorn, Opperau. Montag, 15. November, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Verfammlungen bei Nicker in Gräbchen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schür. 2. Beschlüsse annehmen.  
Land-Distrikt 6. Bezirke Klafschin, Wolfswitz und Magernd. Dienstag, den 16. November, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Verfammlungen bei Müller in Dralschin. Vortrag des Genossen Schölich über Verlehrs- und Verlehrsarbeiten.  
Land-Distrikt 12 (Waldschütz). Montag, den 15. November, Abends 8 Uhr: Kreis-Verfammlungen bei Ederling, Kämmerlingstraße. Vortrag des Redakteur Rich. Schiller über „Die Frau und die Kultur“.

**Sundsfeld.** Sozialdemokratischer Verein. Montag, den 15. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Aufnahme bei Wastut Romig.

**Wohrausfeld.** Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 1. November, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Verfammlungen bei Herrn Berger - Pöschel. Tages-

ordnung: 1. Abrechnung vom 8. Quartal. 2. Vortrag des Prof. Lindemann über den Leipziger Varietät und seine Bedeutung für die Lebens.

**Einheitsklub.** Sozialdemokratischer Wahlverein. Mittwoch, den 17. November (Vortrag), Nachmittags 3 1/2 Uhr: Vortrag über „Verfammlungen im Reich“, gehalten auf der Tages-Verfammlungen am Parteitag, Preussentag und Stadterordneten-Tagen.

**Striegau.** Wahlverein. Dienstag, den 16. November, Abends 8 Uhr: Verfammlungen im „Bildsaal“. Sehr wichtige Tages-Verfammlungen. Unter anderem: „Wo infizieren unsere Geschicklichkeit und bei wem kaufen wir?“ und Stellungnahme zu verfaßten Parteitag.

**Janau.** Die Verlehrsleiter sollen heute Montag Abends Punkt 7 Uhr nämlich im „Ordnen Adler“ erscheinen.

**Alt-Warthau.** Goldverfammlungen. Am Freitag, den 17. November, Nachmittags 3 Uhr, findet im Hause des Herrn Wenig in Neu-Warthau eine Verfammlungen statt. Redakteur Richard Schiller-Breslau wird über das deutsche Steuerrecht und über die Steuererhebung sprechen.

**Sindfeld.** Wahlverein. Dienstag, den 16. November, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Verfammlungen in der „Andreas-Hof“.

**Freiberg-Gunnesdorf.** Sozialdemokratischer Unterbauverein. Abends am Freitag (Mittwoch, den 17. November) Nachmittags 4 Uhr, in der „A. Breckinger“. Vortragender: Redakteur Albert-Breslau. Eintritt 15 Pf.

**Reuthen O.S.** Sozialdemokratischer Wahlverein. Mittwoch, den 17. November, Abends 7 Uhr: Mitglieder-Verfammlungen im bekannten Lokale.

**221. Königl. Preuss. Klassenlotterie.**

5. Klasse 7. Ziehungstag, 13. November 1900. Vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mtl. sind in Nummern beigefügt. (Dane Gewinne. U. S. L. V. F.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding ticket numbers. Includes sub-headers like 'Gewinn 100000 Mtl.', 'Gewinn 10000 Mtl.', etc.

**221. Königl. Preuss. Klassenlotterie.**

6. Klasse 7. Ziehungstag, 13. November 1900. Nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mtl. sind in Nummern beigefügt. (Dane Gewinne. U. S. L. V. F.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding ticket numbers. Includes sub-headers like 'Gewinn 100000 Mtl.', 'Gewinn 10000 Mtl.', etc.

**221. Königl. Preuss. Klassenlotterie.**

7. Klasse 7. Ziehungstag, 13. November 1900. Nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mtl. sind in Nummern beigefügt. (Dane Gewinne. U. S. L. V. F.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding ticket numbers. Includes sub-headers like 'Gewinn 100000 Mtl.', 'Gewinn 10000 Mtl.', etc.

**Gorkau.**  
Am Sonntagabend, den 13. d. Mts., verschied nach langem schwerem Leiden unser guter Kollege, der Steinarbeiter **Robert Schlechter** im Alter von 35 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden wir ihm bewahren.  
Die Mitgl. des Steinarbeiter-Verbandes (Zweigverein Gorkau).  
Beerdigung: Mittwoch, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr.

**Volkstümliche Unterrichtskurse**  
des **Humboldt-Vereins.**

1. Deutsch (erster Kursus), Realschule II, Vorwerkstrasse 38.
2. Deutsch (zweiter Kursus), Donnerstag, den 18. November, I. Nikolaiplatzstr. 20, Portal IV
3. Rechnen (erster Kursus), Donnerstag, den 18. November, I. Nikolaiplatzstr. 20, Portal IV
4. Rechnen (zweiter Kursus), Freitag, den 19. November, I. Nikolaiplatzstr. 20, Portal IV
5. Literatur, Sonntagabend, den 20. November, II, Vorwerkstrasse 38
6. Französisch, Freitag, den 18. November, I. Nikolaiplatzstr. 20, Portal IV
7. Das Leben in der Natur: sein Werden und Vergehen. Volkshaus, Andenkenstrasse 81, Donnerstag, den 18. November. (Der Kursus findet immer abwechselnd Donnerstag und Freitag statt.)

**Restaurant „Zur Hopfenblüte“ Hermsdorf**  
Ausschank von Wein, à Glas 10 Pr. 5435

**Billige Preise!**

**Goldbarsch**  
per Pfund mit 15 Pfg. zu verkaufen.  
Der Waagen steht heute Nacht hier ein und beginnt der Verkauf Sonntag früh 8 Uhr und dauert bis Dienstagabend.

**D. D. F. G. „Nordsee“**  
Hilfliche Stadthalter und beide Karsthallen.

**Alle Genossen sind darin einig**  
bei Bedarf von Photographien mein Atelier zu beauftragen.

**„Atelier Moltke“ Photog. Kunstankalt**  
früher genannt „Atelier Rabyael“,  
Inhaber: **Paul Ullrich**

**Moltkestr. 6, part., 3. Haus von der Wehlgaße.**

Abteilung I Moderne Aufnahmen aller Art.  
Abteilung II Schmuckfaden mit Emailleporzellan und Vergrößerungen bis Lebensgröße.

**Wichtige Preise!**  
Korrekter Ausführung!  
Erfolgreiche Festelegung von Vergrößerungen oder Schmuckfaden, bei nicht Vorhandensein einer Photographie, so wird die Aufnahme kostenlos gemacht.  
Bei Bestellung von 1 Duz. Bilder geht es nach Wahl 1 Anbänger.  
1 Preise oder Kreuztattumodel nach jed. Photogr. gefertigt, vollständig gratis.

**Proletarierkrankheit und franke Proletarier.**  
Ein Beitrag zur Forderung der Volksgesundheit von D. Thomas  
Preis 20 Pfg.

zu beziehen durch die Buchhandlung „Volksrecht“